

Einwohneranfrage  
an die Stadtverordnetenversammlung

Benno Bzdok

01.08-2023

Mitglied der AfD Cottbus, Vertreter in den LFA Brandenburg

Herr Benno Bzdok stellt nachfolgende Anfrage an die Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Stadtverordnete,  
sehr geehrte Damen & Herren, Bürger von Cottbus, und der Stadtverwaltung

In einer eigenen Angelegenheit, musste ich mich an das Sozialamt wenden. Da diese Öffnungszeiten nicht funktionieren die überall veröffentlicht sind, hatte ich es auf elektronischem Weg versucht. Die Unterlagen die ich einreichen musste, betragen nach den geforderten Nachweisen des SA, einen Umfang von 48 A-4 Seiten. Das wurde aber nicht vom Server der Stadt angenommen, so dass ich alles auf 10 E-Mails aufteilen musste. Dazu hatte ich einen Datenträger erstellt, den ich dem SA zur Verfügung stellte. Daraufhin bekam ich die Mitteilung, dass das Sozialamt nicht in der Lage ist, diese Daten vom Datenträger zu übernehmen/kopieren.

Bisher hatte ich angenommen, dass diese Stadtverwaltung Cottbus im Rahmen der Digitalisierung mit angeschlossen ist.

Vielleicht ein gewaltiger Irrtum meinerseits, denn die Mail vom heutigen Tag (01.08.2023), kam als Fehlermeldung zurück. Vielleicht hat es die Bedeutung, das man auf dem Weg zum Faustkeil und der Steintafel ist. Das hat allerdings sehr wenig mit Digitalisierung zu tun.

Wieder muss ich zwei Nachweise einreichen die ich als PDF verwenden wollte.  
Die erste Rückantwort war:

*Unzustellbar: Aw: Widerspruch*

*Von Unzustellbar: postmaster@dikom-bb.de*

***Ihre Nachricht wurde aufgrund ihrer Größe an keinen Benutzer zugestellt. Der Grenzwert liegt bei 20 MB. Die Größe Ihrer Nachricht beträgt 25 MB.***

*[Redacted email address]*

*Ihre Nachricht konnte nicht gesendet werden, weil sie zu groß ist.*

Soweit der Erste versuch. Da das also mit den zwei Dateien nicht funktionierte, habe ich folgerichtig das aufgeteilt, auf zwei E-Mails um die Größe zu verringern.

Darauf kam dann zu beidem Mails nachfolgendes wieder?

*Unzustellbar: Aw: Widerspruch Mail 1*

*Von Unzustellbar: postmaster@dikom-bb.de*

***Ihre Nachricht wurde aufgrund ihrer Größe an keinen Benutzer zugestellt. Der Grenzwert liegt bei 20 MB. Die Größe Ihrer Nachricht beträgt 23 MB.***

*[Redacted email address]*

*Ihre Nachricht konnte nicht gesendet werden, weil sie zu groß ist.*

Da diese Datei nur 17.939 KB hat. Konnte ich das erneut nicht zuordnen. Die Datei Nr.2, die ich versendet hatte, brachte dann zu Tage:

*Automatische Antwort: Widerspruch Mail-2*

*Von Mail SA*

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich bin zur Zeit leider nicht für Sie erreichbar.*

***Diese Nachricht wird nicht automatisch weiter geleitet.***

*Sollte die Beantwortung Ihrer Anfrage während meiner Abwesenheit erforderlich sein, senden Sie diese bitte nochmals an  
grundsicherung@cottbus.de.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Fachbereich Soziales*

An Hand der Zeit (Urlaubszeit) ist durchaus die Abwesenheit von Mitarbeitern begründet. Was noch zu verstehen ist, ist diese Mitteilung an die Bürger die sich an das Sozialamt wenden. Wenn sich Bürger an das SA wenden, machen diese Bürger das nicht weil sie sich langweilen, meist weil sie Hilfe oder Unterstützung benötigen. Diese Mitteilung drückt aus, in der Urlaubszeit ist das SA nicht zuständig für die Bürger. Also wenn ich nicht anwesend bin, wir meinen Mail, an den nächsten Mitarbeiter der die Vertretung hat, weitergeleitet. Das kann man mit zwei Klicks in den Mailprogrammen einstellen. Auch im Bezug auf die Grösse der zulässigen Dateien ist völlig an der Realität vorbei, wenn schon allein für einen Antrag 48 Seiten Nachweise gefordert werden, die der Bürger erbringen muss, um überhaupt bearbeitet zu werden.

Dazu hätte ich an die Verantwortlichen in der Stadt Cottbus, nachfolgende Fragen:

1. Soll das die zukünftigen Arbeitsbereiche festlegen, die nicht von der Digitalisierung betroffen sein werden.
2. In welchem Jahr wird die Verwaltung der Stadt in der Lage sein auch elektronische Datenträger zu nutzen, oder müssen weiter Bäume für Papier sterben, weil das nicht erreicht werden kann, was ja die Ziele der Nachhaltigkeit in Frage stellt ??
3. Gerade in dem immer wichtiger werdenden sozialen Bereichen der Verwaltung, die ja immer mehr Probleme bearbeiten müssen, werden also keine Vertretungen mehr organisiert. Zu wenige Mitarbeiter, für zu viele „Kunden“ ??

Freundlichst



B. Bzdok